

Nach den Spargründen befragt, gab der überwiegende Teil der befragten Kontoinhaber vor allem die Ausbildung der Kinder sowie die eigene Altersversorgung an. Als weitere Gründe wurden der Kauf von Wohnraum und Möbeln sowie das Sparen für Hochzeiten genannt.

Zu den Sparern mit den größten Guthaben zählten private Geschäftsleute, die insgesamt zwar lediglich 500 bzw. 8% der gesamten Befragten stellten, aber über 2,4 Mio. Yuan bzw. rund 30% der gesamten Sparguthaben verfügten; im Durchschnitt entfiel auf jeden Selbständigen ein Sparguthaben von 4.796,60 Yuan. Demgegenüber verfügten Lehrer lediglich über durchschnittliche Sparguthaben von 707 Yuan und Regierungsanstellte von 783 Yuan. (XNA, 2.11.91) -schü-

*(32)

Kein Durchbruch bei Beschäftigungsreform

Nach Angaben der *China Daily* vom 5.11.91 fanden in den ersten neun Monaten dieses Jahres mehr als vier Millionen Beschäftigte einen Arbeitsplatz. Allerdings wurden über die Hälfte der neu eingestellten Arbeitskräfte nicht als 'Vertragsarbeiter' mit zeitlich befristeten Arbeitsverträgen beschäftigt, sondern zu den Bedingungen des Systems der "Eisernen Reisschüssel" bzw. der Arbeitsplatzgarantie bis zum Rentenalter. Diese Entwicklung behindere die Umsetzung der Reformen im Beschäftigungssystem, die 1986 eingeleitet wurden und eine Einstellung von Arbeitskräften auf einer Vertragsbasis mit einer Laufzeit von höchstens zwei Jahren vorsahen. Nach der Planung des Arbeitsministeriums soll der überwiegende Teil der Beschäftigten in den nächsten 20 Jahren im Rahmen von Arbeitsverträgen eingestellt werden.

Die Umsetzung der Reform sei auch deswegen ein Problem, weil die Regierung zwar staatliche Unternehmen zur Einstellung von Vertragsarbeitern ermutige, gleichzeitig jedoch die administrative Zuteilung von Arbeitskräften an die Unternehmen aufrechterhalte. Diese betreffe vor allem die Zuweisung von Universitätsabsolventen durch die Zentral- und Provinzregierung sowie von älteren Arbeitskräften, deren Unternehmen geschlossen wurden, und die über eine Arbeitsplatz-

garantie verfügten. Außerdem müßten die Unternehmen oftmals bei der Suche nach besonders dringend benötigten Fachkräften vom Prinzip der befristeten Einstellung abweichen. -schü-

*(33)

Steigende Preise beim Wohnungskauf

Wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtet, stiegen die Preise für käuflich erwerbbarer Wohnraum in den Städten in den letzten Jahren deutlich an. Der durchschnittliche Preis für einen Quadratmeter Wohnraum betrug bei Beginn der Reform im städtischen Wohnungsbau im Jahre 1980 noch 200 Yuan, so daß eine Wohnung mit einer Fläche von 50 m² für 10.000 Yuan erworben werden konnte. Im Jahre 1990 dagegen mußte für eine gleich große Wohnung bereits ein Preis von 65.000 Yuan bezahlt werden.

Die Gründe für diesen Preisanstieg gehen sowohl auf die höheren Grundstücksgebühren, Lohnkosten und Baustoffpreise sowie auf die gestiegenen Steuern und übrigen Kosten zurück. In dem Bericht wird darauf hingewiesen, daß sich der überwiegende Teil der Bevölkerung aufgrund des Preisanstiegs einen Wohnungskauf nicht leisten könne. Um den Erfolg des Reformprogramms nicht zu gefährden, müßten die Lokalregierungen Maßnahmen zur Kontrolle der Preisentwicklung festlegen. (XNA, 25.11.91)

Auch in der Renmin Ribao vom 11.11.91 wird in einem längeren Artikel die Frage nach der Zumutbarkeit höherer Preise für Wohnraum in den Städten gestellt. Allerdings wird in diesem Artikel u.a. gefordert, Wohnungen ebenfalls als Konsumgut zu betrachten, für das ein entsprechender Preis bzw. Einkommensanteil gezahlt werden müßte. Im Vergleich zu anderen Ländern würde China eine irrationale Konsumstruktur aufweisen und es würde elektronischen Haushaltsgeräten eine höhere Präferenz als dem Wohnraum eingeräumt. Beispielsweise sei die Verbreitungsrate von Farbfernsehgeräten in Beijing höher als in Paris. Außerdem sollte die Fähigkeit, Wohnraum käuflich erwerben zu können, unter Berücksichtigung des langfristigen Mietkaufs mit relativ niedrigen Raten gesehen werden. Auch in anderen Ländern sei die Bevölkerung

nicht in der Lage, den gesamten Preis beim Wohnungskauf sofort zu entrichten. In Hongkong beispielsweise würden hierfür 20 Jahre und in Singapur sogar 25 Jahre benötigt. (SWB, 28.11.91) -schü-

Taiwan

*(34)

Besuch des südafrikanischen Präsidenten de Klerk in Taipei

Südafrikas Präsident Frederik Willem de Klerk stattete Taiwan vom 14. bis 16. November einen Staatsbesuch ab. In seiner Begleitung befanden sich 56 Personen einschließlich seines Außenministers R.F. Botha. Südafrika ist einer der wenigen weltpolitisch bedeutenden Staaten, mit denen Taipei noch volle diplomatische Beziehungen unterhält. Im letzten Oktober war Außenminister Botha nach seinem Besuch in Taipei anlässlich des 80. Nationalfeiertags der Republik China heimlich nach Beijing gereist. Dies löste Spekulationen über einen möglichen Kurswechsel der Chinapolitik Südafrikas aus, d.h. Anerkennung der VR China mit dem zwangsläufigen Abbruch der bestehenden Beziehungen zu Taipei.

Vor der Presse betonte Präsident de Klerk die unverbrüchliche Treue zu den "alten Freunden" in Taiwan. Südafrika werde in den diplomatischen Beziehungen mit Taipei nichts ändern, solange er Einfluß auf die politischen Entscheidungen seines Landes habe. Er räumte aber ein, daß sein Land in eigenem Interesse Handel mit dem chinesischen Festland betreiben wolle.

Während seines Besuchs wurde ein Investitionsförderungsabkommen zwischen beiden Seiten unterzeichnet; auch wurde der Vertrag über beiderseitige Flugverbindungen erneuert. Der bilaterale Handel erreichte im letzten Jahr ein Volumen von 1,9 Mrd. US\$; 300 taiwanische Firmen haben bislang in Südafrika investiert. (LHB, 15.-17.11.91; FCJ, 15., 19.11.91; vgl. auch C.a. Okt. 91, Ü 14, S.626 f.) -ni-

***(35)
Zusammen mit Beijing an einem Kon-
ferenztagung - die APEC-Tagung in
Seoul**

An der 3. Jahrestagung der Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC) auf Ministerebene, die vom 12. bis 14. November in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul stattfand, nahmen drei chinesische Delegationen aus Beijing, Taipei und Hongkong teil. Abgesehen von der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB), in der Taipei nach dem Eintritt Beijings (1986) mit von "Republik China" in "Taipei, China" geänderten Namen weiter verbleibt, sind zum erstenmal Delegierte Beijings, Taipeis sowie Hongkongs zugleich in einer internationalen Organisation vertreten und saßen gemeinsam an einem Konferenztagung.

Die APEC, gegründet Ende 1989 in Australien, ist eine regionale Wirtschaftsorganisation in loser Form. Im Hinblick auf die eigene diplomatische Isolation erhofft sich Taiwan von einer Mitgliedschaft im Forum der APEC nicht nur eine Verbesserung der wirtschaftlichen Stellung im pazifischen Raum, sondern auch eine schrittweise Aufwertung seiner politischen Position. Neben den genannten drei neuen Mitgliedern sind in der APEC zwölf weitere Staaten (USA, Kanada, Japan, Australien, Neuseeland, Südkorea und die sechs ASEAN-Staaten) vertreten, von denen nur Südkorea diplomatische Beziehungen zu Taiwan unterhält. An der Tagung in Seoul nahmen 26 Außen- bzw. Wirtschaftsminister teil. Die 22köpfige Delegation aus Taiwan wurde von Wirtschaftsminister Xiao Wanchang (Vincent Siew) geleitet. Mit Ausnahme der Delegationen Beijings und Hongkongs hat Xiao während der Tagung Kontakte oder Gespräche mit anderen Delegationsleitern einschließlich der Außenminister der USA und Japans aufnehmen können. Aus diesem Grund wurde die Teilnahme in Taiwan als ein diplomatischer Durchbruch gewertet.

Infolge Beijings Anspruch auf politische Alleinvertretung für Gesamtchina, wurden sowohl Taiwan als auch Hongkong nur als "Wirtschaftsgebilde", nicht aber als Mitgliedsstaaten in die APEC aufgenommen. Taiwan muß sich damit begnügen, in der APEC den Namen "Chinese Taipei" statt "Republik China" zu tragen. Ursprünglich hatte Bei-

jing, das Taipei lediglich als eine lokale chinesische Regierung betrachten will, darauf beharrt, Taiwan in der APEC wie auch bei der ADB als "Taipei, China" zu bezeichnen. Darüber hinaus hat Taiwan wegen des Widerstands der Beijinger Regierung seinen Außenminister zur Teilnahme an der APEC-Tagung nicht nach Seoul senden können. Nach Aussage des Außenministers von Beijing, Qian Qishen, dient die Lösung der Vertretung Taiwans in der APEC nicht als ein Modell für das gleiche Problem in anderen internationalen Organisationen. (Xinxinwen, Taipei, 18.-24.11.91, S.59 ff; FCJ, 15. und 19.11.91; CP und LHB, 11.-15.11.91) -ni-

***(36)
Halbamtliche Beziehungen zum chine-
sischen Festland weiter vorangekom-
men**

Eine Delegation der *Haixia Jiaoliu Jijinhui* (HJJ, Stiftung für den Austausch beider Seiten der Taiwan-Straße), einer halbamtlichen Organisation Taiwans im Auftrag der Regierung für indirekte Kontakte mit dem chinesischen Festland, besuchte vom 3. bis 7. November zum zweiten Mal Beijing. Wie beim ersten Besuch Ende April/Anfang Mai d.J. wurden Gespräche mit dem Büro für taiwanesischen Angelegenheiten (BTA) unter dem Staatsrat (Regierung) geführt; zum Ende des Besuches wurde die Delegation vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Wu Xueqian empfangen. Im Vergleich zur ersten Begegnung hat sich die Atmosphäre zwischen beiden Seiten merklich gebessert. Der erste Besuch diente dem Kennenlernen der Gesprächspartner, während es beim zweiten Besuch um sachliche Verhandlungen ging.

Bislang können zwischen beiden chinesischen Seiten immer noch keine offiziellen Kontakte aufgenommen werden, weil Beijing Taipei nur als eine lokale Regierung betrachtet und infolgedessen nur Gespräche zwischen den zwei Regierungsparteien, KPCh und KMT (Kuomintang, Guomindang) führen will. Dies wiederum lehnt Taipei ab und versucht statt dessen, nur indirekte Kontakte durch eine inoffizielle oder halbamtliche Organisation aufzunehmen. Aus diesem Grunde wurde die HJJ gegründet.

Im Hinblick auf die wachsende Bewegung für die Unabhängigkeit (d.h. Verzicht auf die chinesische Vereinigung) in Taiwan sowie die zunehmende Kriminalität und die Konflikte zwischen Fischern beider Seiten auf den Gewässern der Taiwan-Straße zeigt Beijing nun auch Interesse an indirekten Kontakten durch halbamtliche Vermittlungsorganisationen. So wurde die HJJ, die Beijing zuerst nur als ein rein privates Institut hatte betrachten wollen, diesmal vom BTA zu Gesprächen über die gemeinsame Bekämpfung der Kriminalität eingeladen.

Bei den dreitägigen Verhandlungen haben beide Seiten, HJJ und BTA, im Prinzip Konsens erzielt, doch in bezug auf den geographischen Geltungsbereich für die Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Kriminalität konnten sie keine gemeinsame Sprache finden. Die Beijinger Seite sprach von Bekämpfung der Kriminalität in der "Taiwan-Straße". Diese Formulierung wurde von der HJJ abgelehnt, weil man der Meinung ist, daß Beijing dadurch den Status Taipeis wieder zu einer lokalen Regierung herabstufen wolle. Die HJJ beharrte aus diesem Grund darauf, die Bezeichnung "Taiwan-Straße" durch "Meer" zu ersetzen, und zwar mit dem Argument, daß man Kriminalität auch auf dem Meer in der Nähe der Taiwan-Straße, z.B. vor den Küsten der Provinzen Guangdong und Zhejiang, bekämpfen solle.

Infolge der Uneinigkeit über die Terminologie haben beide Seiten auf eine ursprünglich geplante gemeinsame schriftliche Erklärung verzichtet. Allerdings hat Beijing versprochen, für weitere Verhandlungen beider Seiten eine ähnliche halbamtliche Organisation wie die HJJ zu gründen. (LHB, 4.-7.11.91; FCJ, 8.11.91; ZZ, 15.11.91) -ni-

***(37)
Überraschende Ernennung von Admi-
ral Liu Heqian zum neuen General-
stabschef**

Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) hat am 20. November zur allgemeinen Überraschung Admiral Liu Heqian (Liu Ho-ch'ien) zum neuen Generalstabschef ernannt. Die Amtszeit von Lius Vorgänger, General Chen Shengling, läuft am 5. Dezember 1991 ab. In der Vergangenheit wurde normaler-

weise immer einer der Oberbefehlshaber der drei Waffengattungen (Landstreitkräfte, Marine und Luftwaffe) turnusgemäß zum neuen Generalstabschef ernannt. Diesmal sollte eigentlich der Oberbefehlshaber der Marine, zur Zeit Admiral Ye Changdong (Yeh Ch'ang-tung), befördert werden. Admiral Liu (65) war zwar von 1983 bis 1989 auch Oberbefehlshaber der Marine, hatte aber vor der neuen Ernennung den unbedeutenden Posten als einer der zahlreichen Strategieberater im Präsidialamt, also ein nominelles Amt für die prominenten Generäle a.D. oder halbpensionierten Militärführer.

In den letzten Monaten gab es viele Spekulationen über einen Machtkampf zwischen dem Präsidenten und dem Ministerpräsidenten Hao Bocun (Hau Pei-tsun) um die Führung der Streitkräfte. Gemäß der Verfassung ist der Präsident der höchste militärische Oberbefehlshaber. Doch organisatorisch gehören alle Teile der Streitkräfte zum Verteidigungsministerium, das wiederum unmittelbar dem Ministerpräsidenten untersteht. Außerdem hat Ministerpräsident Hao, der 1981-1989 Generalstabschef und 1989-1990 Verteidigungsminister war, eine starke "Hausmacht" bei den Streitkräften. Die meisten ranghohen Militärführer, die z.Z. noch im aktiven Dienst sind, wurden damals von ihm befördert. Jedoch gehört der neue Generalstabschef Liu, der einst von Hao wegen Meinungsverschiedenheiten in seinem Amt als Oberbefehlshaber der Marine kaltgestellt worden war, nicht zur Seilschaft des Ministerpräsidenten. Presseberichten zufolge hatte der Präsident den Ministerpräsidenten nicht vorher wegen der Ernennung Lius konsultiert. (Xinxinwen, Taipei; 25.11.-1.12.91, S.10 ff; ZZ, 29.11.91; LHB, 21.11.91)

Nach dem Coup des Präsidenten bei der Ernennung des neuen Generalstabschefs wurde zuerst eine weitere Fluktuation in der Militärführung erwartet. Doch hat Präsident Li Denghui wohl im Hinblick auf die überraschende Reaktion und die Stabilität in der Militärführung entschieden, die Amtszeit von General Lin Wenli (61) und General Zhou Zhongnan (Chou Chung-nan, 61) als Oberbefehlshaber der Luftwaffe bzw. der Garnison Taiwan für ein Jahr zu verlängern. Der Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte, General Chen Tinglong (Ch'en

T'ing-lung), der erst seit dem 1. Juli d.J. im Amt ist, soll aller Wahrscheinlichkeit nach im Amt bleiben. Ungewiß ist, ob die Amtszeit von Admiral Ye Changdong verlängert werden wird, nachdem er nicht traditionsgemäß zum neuen Generalstabschef ernannt worden ist. (LHB, 29.11.91) -ni-

Hongkong und Macau

* (39)

Fusion von Hongkong und Shenzhen zu einer Super-Metropole vor dem Jahr 2000?

Die Hongkonger Zeitung *Hubao* meldete am 25. November, daß die chinesische Sonderwirtschaftszone (SWZ) Shenzhen noch vor dem Jahr 2000 Hongkong angegliedert werden solle. Hongkong wird 1997 an China zurückverkehren und den Status einer Sonderverwaltungszone (SVZ) erhalten. Die Zeitungsmeldung über die Fusion stützt sich auf einen angeblichen Plan der Stadtregierung Shenzhen.

Shenzhen hat sich mittlerweile bereits nach dem Modell von Hongkong zu einer Millionenstadt entwickelt. Ihre Grenze zu der britischen Kolonie ist weit offener als die zum chinesischen Mutterland. Auch die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Shenzhen und Hongkong sind enger als die zwischen Shenzhen und dem chinesischen Inland. Am 12. des letzten Monats wurden der neue Bahnhof und der neue Flughafen von Shenzhen fertiggestellt. Am 25. dieses Monats (November) wurden Linienflüge nach Shanghai und Beijing aufgenommen und demnächst folgen Chengdu und Kunming. Insgesamt sind zur Zeit 19 inländische Flugverbindungen geplant - die Flugpreise sind durchweg um 30% günstiger als die vom Hongkonger Flughafen.

Um der Zusammenlegung der SWZ und SVZ den Weg zu bereiten, wird ein massiver Ausbau der Verkehrsverbindungsnetze beider Seiten geplant, vor allem ein Anschluß des neuen Flughafens an die Hongkonger Schnellbahn. Auf der Einweihungszeremonie des neuen Bahnhofs in der SWZ erklärte der chinesische Eisenbahnminister Li Shenmao, daß die

Zentralregierung in Beijing beschlossen habe, die bestehende Strecke zwischen Shenzhen und Guangzhou zu einer modernen Bahnlinie mit einer Hochgeschwindigkeit von 150 km/h auszubauen. Darüber hinaus sei eine zweite Eisenbahnverbindung zwischen Beijing und Guangzhou geplant, an die nach 1997 auch Hongkong einen Anschluß haben werde. (LHB, 26.11.91; DGB, 14.10.91)

Einem von der Hongkonger Regierung am 22. November publik gemachten Plan zur Stadtentwicklung bis zum Jahr 2001 zufolge soll das Ballungsgebiet von Hongkong durch Verlegung des Flughafens sowie durch Landaufschüttung von 6.500 ha auf 8.600 ha um über 30% ausgeweitet werden, wodurch die Bevölkerungsdichte in den Stadtzentren von 650 auf 500 E/ha gesenkt werden kann. Allein durch die Ausräumung des Kai Tak-Flughafens können 220 ha Land freigemacht werden. Zusammen mit der Landaufschüttung in der Umgebung des Flughafens werden für den Bau von Sozialwohnungen für 300.000 Menschen sowie von Bürogebäuden für Wirtschaftsunternehmen 530 ha Land zur Verfügung stehen. Ein Plan für die Erschließung des Kai Tak-Flughafengebiets soll erwartungsgemäß 1993 abgeschlossen werden. (DGB, 24.11.91) -ni-

* (40)

Zwangsrepatriierung von "double-backers" vietnamesischer Flüchtlinge in Hongkong

Am 9. November haben die Behörden der britischen Kronkolonie Hongkong 59 Bootsflüchtlinge mit Gewalt nach Vietnam abgeschoben. Zahlreiche der 20 Männer, 16 Frauen und 23 Kinder leisteten vor laufenden Fernsehkameras erbitterten Widerstand gegen die polizeiliche Zwangsverladung in ein Transportflugzeug. Vor zwei Jahren, im Dezember 1989, hatte die erste derartige Operation weltweit eine Welle der Entrüstung und Kritik ausgelöst, woraufhin diese abgebrochen wurde. Bei der erneuten Zwangsrepatriationsaktion handelte es sich um sogenannte "double-backers"-Flüchtlinge, die die Lager in Hongkong bereits einmal "freiwillig" zur Heimkehr verlassen hatten, aber aus Vietnam wieder zurück nach Hongkong geflüchtet waren. Sie taten dies offenbar in der Hoffnung, bei einer wiederholten "freiwilligen"